

## Mit dem Sieg der Sowjetarmee im Mai 1945 kam die Befreiung von der Barbarei des Faschismus und damit der Frieden aus dem Osten

Generalleutnant a.D. Manfred Grätz

Generalleutnant a.D. Manfred Volland

Haben wir im vergangenen Jahr des Beginns der verheerenden Kriege des letzten Jahrhunderts gedacht und dabei besonders die Schuld des deutschen Imperialismus hervorgehoben, so gedenken und feiern wir dieses Jahr den 70. Jahrestag des Sieges der Sowjetarmee im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung vom Faschismus. In einer Zeit der Verhetzung, Verleumdung und Verketzerung des russischen Volkes, der Beleidigung und Diskriminierung durch die gleichen Kräfte, die die Schuld an den Kriegen der Vergangenheit tragen, gilt unser Dank den Helden der Sowjetarmee und dem ganzen sowjetischen Volk für ihre weltgeschichtliche Tat.

Die Maitage des Jahres 2015 sind zugleich Gedenktage des Sieges der gesamten Antihitlerkoalition über den deutschen Faschismus und deshalb werden sie auch ein Gedenken an das gemeinsame Heldentum aller Krieger sein, die an der Vernichtung des Faschismus beteiligt waren. Das zu betonen ist wichtig, um auch gegenwärtig wieder eine gemeinsame europäische Front gegen Kriegsabenteurer und neue Kriegsgefahren zu schmieden.

Bei Anerkennung des Beitrages der Alliierten im 2. Weltkrieg bei der Niederschlagung des deutschen Faschismus ist und bleibt unumstößliche Tatsache, dass der Sowjetunion das Hauptverdienst zukommt. Sie hat die größten Opfer gebracht, 27 Millionen Tote, 1700 Städte 70 000 Dörfer und sechs Millionen Gebäude fielen den faschistischen Barbaren zum Opfer. Wer das verschweigt oder ignoriert, lügt und verfälscht bewusst die Geschichte. Es war der heldenhafte Kampf der Soldaten der Sowjet-

armee und Hunderttausender Partisanen, es waren die heroischen und aufopferungsvollen Leistungen von Millionen Sowjetbürgern, ihr



Mamajew-Kurgan in Wolgograd

vorbildliche Handeln an der Front und im Hinterland, die den Sieg errangen. 1418 Tage haben sie zunächst in erbitterten Abwehrschlachten, dann ab 1942 in großartigen Offensivschlachten die faschistischen Armeen niedergerungen. Das Land von Brest bis Wladiwostok hat aus seinen Wunden geblutet, vor Schmerz gestöhnt und vor Trauer geweint. Übermenschlicher Mut und Standhaftigkeit, ein unbändiger Glaube an den Sieg haben den Überlebenswillen des sowjetischen Volkes in den Jahren von 1941 bis 1945 geprägt.

Am 2. Mai wehte dann endlich über dem Reichstag in Berlin die rote Fahne des Sieges. Sowjetsoldaten hatten den ersehnten Frieden nach Europa getragen und die geschundenen Völker von der Barbarei des Faschismus befreit.

Daraus entstand der heilige Schwur: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Dieser Sieg der Sowjetarmee war eine welthistorische Befreiungstat. Sie sollte endlich auch vom heutigen Deutschland so bewertet und anerkannt werden.

Es darf nie in Vergessenheit geraten, dass die Sowjetarmee und das ganze Sowjetische Volk der faschistischen Armee ihre Grenzen aufgezeigt haben und den Mythos ihrer Unbesiegbarkeit zerstörten. Unvergessen werden der Menschheit die bedeutenden Kämpfe und Schlachten des 2. Weltkrieges bleiben, deren entscheidende Höhepunkte die Schlacht vor Moskau im Winter 1941/42, die Niederlage der Faschisten vor Stalingrad im Winter 1942/43, die die Wende im Zweiten Weltkrieg einleitete, und schließlich die größte Panzerschlacht im Kursker Bogen im Sommer 1943 waren.

Eine gigantische Leistung war die Verlagerung der wichtigsten Industriebetriebe aus den westlichen Teilen der Sowjetunion hinter den Ural bis in die Tiefen Sibiriens, um sie den Zugriffen der faschistischen Aggressoren zu entziehen. Dadurch war es möglich, die Streitkräfte mit modernen Waffen und Kampftechnik zu versorgen. Dazu zählten der robuste Panzer T-34, der als Stalinorgel bekannte Geschützwerfer „Katjuscha“, moderne Granatwerfer und Geschütze, die Jak und Iljuschin-Jagd- und Bomberflugzeuge, sowie moderne Kriegsschiffe und automatische Handfeuerwaffen. Wir können uns noch gut daran erinnern, als wir als junge Soldaten der NVA erstmalig im legendären T-34 saßen. Es erfüllte uns mit Stolz, an solchen kampferprobten Waffen ausgebildet zu werden.

Drei Viertel der militärischen Kräfte Deutschlands wurden durch die Sowjetarmee zerschlagen. Die kampffähigsten und stärksten Truppen Deutschlands, ihre Elitetruppen und Verbündeten sind im Osten untergegangen.

In diesen Tagen wird in Moskau und vielen weiteren Orten der früheren Sowjetunion auch der legendären, bewährten Heerführer gedacht, die entscheidenden Anteil an diesen Erfolgen der Sowjetarmee hatten. Ihre Ehrung hat nichts mit kulthafter Anbetung von Persönlichkeiten zu tun. Sie haben mit Klugheit, militärischer Erfahrung und Können, gestützt auf den Willen von Millionen Kämpfern an der Front, entscheidend den Verlauf des Krieges beeinflusst. Sehr gründlich haben wir uns während des Studiums an den sowjetischen Militärakademien mit ihren Lehren und Erfahrungen vertraut gemacht. Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen waren für uns in der NVA stets Anleitung für unser Handeln. Während unserer Tätigkeit als Chef des Militärbezirkes Leipzig der NVA, und als Stellvertreter, Mitglied des Militärrates und Chef der Politischen Verwaltung, waren uns

diese Heerführer bei der Wahrnehmung unserer Führungsverantwortung sehr oft Vorbild. Eine der wichtigsten Lehren, die sie uns vermittelten, war: Jede noch so kluge Entscheidung wird nur dann wirksam, wenn sie durch die Soldaten an der Basis ins Leben umgesetzt wird.

Der Große Vaterländische Krieg hat den Friedenswillen der russischen Menschen geprägt. Die noch Überlebenden werden die Gräuelarten der Faschisten nicht vergessen. Man kann davon überzeugt sein, dass der heldenmütige Kampf des sowjetischen Volkes und die daraus erwachsende Sehnsucht nach Frieden nachfolgenden Generationen, den Kindern, Enkeln und Urenkeln im patriotischen Verantwortungsbewusstsein übergeben wurden. Es gibt kaum eine russische Familie, die heute nicht in traditioneller Trauer ihrer Toten gedenkt und sich ihrer erinnert. Immer wieder versichern uns unsere langjährigen russischen Freunde und Genossen: "Lasst uns gemeinsam in Frieden und Harmonie miteinander leben. Wir dürfen nicht zulassen, dass unterschiedliche Kulturen und Lebensauffassungen, Vorstellungen über Demokratie und bürgerliche Freiheiten Anlass sind für gewaltsame Auseinandersetzungen. Wir Russen lieben unser Land, wie ihr Deutschen das Eure. Jeder soll es nach seinen Vorstellungen und Willen gestalten oder wie es der deutsche Volksmund sagt, 'nach seiner Fasson selig werden', aber friedlich nebeneinander."

Wie schamlos und beleidigend sind deshalb die Vorwürfe der westlichen Welt, ihrer Politiker, der Medien und allen voran der NATO, „dass die größte Gefahr für den Frieden heute von Russland ausgeht.“ Obama hat sich am 24.09.2014 bei seiner Erklärung vor der 69. UN-Vollversammlung gegenüber Russland derart beleidigend geäußert, dass man an seiner staatsmännischen Fähigkeit zweifeln muss. Er stufte das Ebolavirus, als todbringende Epidemie, die grausamen Massaker der IS-Terroristen, sowie die Handlungen Russlands, als die größten Gefahren für die Welt ein. Normaler Menschenverstand verbietet eine solche Aneinanderreihung und Gleichsetzung.

Genau so erbärmlich muss man Gaucks Aufreten zum 75. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges auf der Westernplatte bei Danzig bewerten. Kein Wort darüber, dass die Sowjetunion die größten Opfer zur Befreiung der europäischen Völker vom Faschismus erbracht hat, kein Wort des Gedenkens an die 27 Millionen toten Sowjetbürger. Dafür neue Droggebärden gegen Russland. Statt Friedenspolemik und Deskalation, Kriegspolemik aus dem Munde des Bundespräsidenten.

Das Fernbleiben der Bundeskanzlerin an den Feierlichkeiten am 9. Mai in Moskau ist eine Missachtung und Beleidigung der Millionen Opfer der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, die dieses Land auch für die Befreiung

Deutschlands gebracht hat. Wir sehen darin einen neuerlichen widerlichen Affront gegenüber Russland und eine weitere Verschärfung des Kalten Krieges.

Unsere russischen Freunde können gewiss sein, wir linken Kräfte, Freunde der Sowjetunion und Russlands werden den 70. Jahrestag in Würde begehen und der Millionen Opfer gedenken.

So in Berlin-Treptow, auf den Seelower Höhen, in Buckow/Märkische Schweiz und anderen Orten. Dort werden wir unseren Eid erneuern: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.

*Beide Autoren haben viel Gemeinsames. Sie haben als Kinder noch die grausige Fratze des Krieges erlebt. Beide haben nach dem Krieg einen analogen Entwicklungsweg genommen. Sie waren Jahrzehnte in verantwortlichen Funktionen der NVA tätig und sind heute noch stolz, mitgeholfen zu haben, dass 40 Jahre von der DDR Frieden ausging. Jeder hat zwei sowjetische Militär-Akademien besucht. Beim Studium in der Sowjetunion haben sie sich mit dem Verlauf der bedeuteten Schlachten im Großen Vaterländischen Krieg vertraut gemacht und sehr gründlich die Strategie und Taktik der Sowjetarmee studiert und daraus die Lehren für ihre Tätigkeit in der NVA gezogen. Sie haben viele gemeinsame Dienstorte und Schnittstellen, so auf der Generalstabsakademie in Moskau, in Neubrandenburg dem Militärbezirk V der NVA, in Leipzig dem Militärbezirk III und dem Ministerium für Nationale Verteidigung.*

*Inzwischen haben sie das 80. Lebensjahr hinter sich gelassen und sind weiterhin aktiv gesellschaftlich tätig, so im Ältestenrat des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und GT der DDR, bei ISOR und im RotFuchs, um auch damit die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg wach zu halten. Die Liebe zur Sowjetunion, der Sowjetarmee und heute zum russischen Volk ist tief in ihren Herzen verankert.*

## Zwischenruf

„Blühende Landschaften“ gedeihen am besten dann, wenn „die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.“

w.k.

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Horst Parton verwies auf die in diesem Jahr anstehenden politischen Schwerpunkte und deren Bedeutung für die Arbeit der ISOR. Dabei wird unter Berücksichtigung der Altersstruktur sowohl in unserem Verein als auch in den befreundeten Verbänden das Zusammenwirken

bei politischen Aktivitäten verstärkt Bedeutung gewinnen.

\*

Dr. Rainer Rothe informierte, dass nunmehr das Urteil des 5. Senats des Bundessozialgerichtes vom 30. Oktober 2014 schriftlich vorliegt, in dem ein Verfahren zur Anerkennung von Zulagen/Zuschlägen als rentenwirksame Leistungen an das Landessozialgericht Halle zurückverwiesen wurde. (Aktenzeichen Az: B 5 RS 1/13 R). Über den Bericht in „**ISOR aktuell** 12/2014“ hinausgehende neue Erkenntnisse enthält das schriftliche Urteil nicht. Das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg trifft alle erforderlichen Vorbereitungen für die anstehende erneute Verhandlung vor dem LSG Halle.

\*

Manfred Volland informierte über einen Brief an den Parteivorstand der Partei DIE LINKE, der von den ca. 100 Teilnehmern einer gemeinsamen Versammlung der ISOR, des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR und des „RotFuchs“ in Strausberg am 26.02.2015 verabschiedet worden war. Darin werden Geschichtsfälschungen, insbesondere die Delegitimierung der DDR als „Unrechtsstaat“ und ihre Gleichsetzung mit dem Hitlerfaschismus zurückgewiesen.

\*

Der Geschäftsführer Wolfgang Schmidt berichtete über die Arbeit der Geschäftsstelle unter Berücksichtigung der seit der Übernahme seiner Funktion vor ca. drei Jahren erreichten positiven Weiterentwicklungen, personellen und finanziellen Einsparungen. Der Vorstand stimmte seiner Einschätzung zu, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle und im Rechtsanwaltsbüro ihre Aufgaben weitgehend selbstständig, zuverlässig und verantwortungsbewusst erfüllen. Der Geschäftsführer wurde beauftragt, ihnen dafür den Dank des Vorstandes zu übermitteln.

\*

## EINLADUNG

der Ernst-Busch-Chor Berlin und  
das Bündnis für  
Soziale Gerechtigkeit  
laden zum

**Konzert anlässlich des  
70. Jahrestages der Befreiung  
vom Faschismus**

am 7. Mai 2015 um 18.00 Uhr

in den Münzenbergsaal,  
Bürogebäude Franz-Mehring-  
Platz 1, ein.

Eintritt: frei



Gegenstand einer Diskussion in der **TIG Strausberg** war die Entwicklung der neoliberalen Politik der gegenwärtig herrschenden konservativen Kräfte in Deutschland. Unabhängig von einer anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu unserer Klage befürchten wir, dass die Fortsetzung dieser Politik einen weiteren Abbau der sozialen und verfassungsmäßigen Rechte nach sich zieht und die Kriegsgefahr wächst.

Zu der Diskussion hatten wir Hans Modrow eingeladen, mit dem über 100 Mitglieder von linken Vereinen und Parteien über Alternativen zu dieser Entwicklung berieten.

Genosse Modrow stimmte unserer Einschätzung des vergangenen Jahres zu und erklärte, dass der Ältestenrat der Partei DIE LINKE zu der Auffassung gekommen ist, dass in der Entwicklung der BRD eine Zäsur erfolgte.

Der Ausgangspunkt für die derzeitige Situation ist nach seiner Auffassung in der Niederlage des Sozialismus zu sehen und darin, dass es nicht gelungen ist, einen eigenen Weg zu finden und statt einer Vereinigung beider deutscher Staaten die Übernahme des einen durch den anderen erfolgte.

Das war Voraussetzung dafür, dass sich die Bundesrepublik zur Führungsmacht in Europa entwickeln konnte und in der EU tonangebend ist. Sie ist, wie Japan in Asien, in Europa der Hauptverbündete der USA bei der Durchsetzung ihrer Vormachtsansprüche in der Welt mit weitgehend eigenen Interessen. Dabei spielen die globalen Verflechtungen eine entscheidende Rolle, die so weit fortgeschritten sind, dass einzelne Länder dieser Entwicklung weder Einhalt gebieten, noch ausscheren können.

Deutschland rückt immer mehr von seiner, aus der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts erwachsenen Pflicht zur Erhaltung des Friedens ab. Das wird durch den Gesichtsverlust der SPD in der großen Koalition noch verstärkt. Dabei verläuft die Entwicklung nicht vordergründig, aber nachhaltig.

Infolge der gegenwärtigen Schwäche der Opposition kann dem nicht Einhalt geboten werden. Zu ihrer Profilierung sind Kompetenz und Erfahrung erforderlich.

Da die Partei DIE LINKE sich nicht den Fragen der Zeit stellt und, wie die Entwicklung des vergangenen Jahres sehr deutlich machte, im alleinigen Streben um Mandate und Regierungsbeteiligung unterzugehen droht, wandte sich der Ältestenrat dieser Partei Ende 2014 mit einem mahnenden Schreiben an den Parteivorstand.

Mit den darin formulierten Erfordernissen und Erwartungen stimmen wir überein.

Im Ergebnis der Aussprache verabschiedeten die Teilnehmer einen Brief an den Parteivorstand dieser Partei (s. „Junge Welt“ v. 11.3.15).

Auch wenn ISOR auf der Grundlage ihrer Satzung parteipolitisch unabhängig wirkt, sind wir der Meinung, dass wir das Recht haben, als Sympathisanten und Wähler unsere Auffassungen, Erwartungen und Wünsche auszudrücken.

Es geht nicht an, dass wir schweigend zu sehen, wie diese Entwicklung ein ganzes Volk erneut ins Unglück treibt.

**Hans-Joachim Friedrich**

\*

Am 04. 03. 2015 nahm ich als Beiratsmitglied an der Beratung unserer TIG-Vorsitzenden **Mecklenburg-Vorpommerns** mit unserem stellv. ISOR-Vorsitzenden, Prof. Dr. Bischoff in Kuhs teil.

Mit meinen 60 Lebensjahren war ich geschätzte 15 Jahre jünger (im Durchschnitt) als die anderen Teilnehmer. Ihnen gilt umso mehr mein Respekt für ihren Einsatz in unserem Rentenkampf. Und das vor allem, weil ich mich immer wieder bei dem Gedanken erwische, dass unsere politischen Gegner auf eine biologische Lösung hoffen und wenn unser Kampf zu mehr Rentengerechtigkeit führt, in erster Linie Mitstreiter (oder auch Nichtmitstreiter) **meines Alters** Nutznießer dieses Kampfes werden können. Die Ausführungen Prof. Dr. Bischoffs zu den Erfolgschancen unseres Kampfes liegen bei „sowohl als auch“ und sind damit realistisch. Auch seine Ausführungen zu einer möglichen erweiterten bzw. Neuausrichtung unseres Vereins, dass dieser noch stärker Teil des Gesamtanliegens zur Ost-West-Rentenangleichung wird und darüber hinaus Menschenrechtsverletzungen wie z.B. die Berufsverbote, thematisiert, finden meine Zustimmung.

Wie auch immer, die Ausführungen Prof. Dr. Bischoffs und die Einlassungen unserer TIG-Vorsitzenden zu ihren täglichen Bemühungen, die TIG-Strukturen und deren Wirksamkeit zu erhalten und zu festigen, bestärken mich in der Überzeugung der Rechtmäßigkeit unseres Anliegens und darin, dass wir es unserer Würde schulden, nicht in unserem Kampf nachzulassen. Ich bin zu DDR-Zeiten Mitarbeiter der bewaffneten Organe geworden, um für eine gerechte Welt einzutreten. Das ist auch heute noch meine Antriebskraft und sicher der Meisten von uns.

Ich meinerseits sehe mich veranlasst, verstärkt neue Mitglieder meines Alters für ISOR zu gewinnen.

**Gunther Rennwanz**

\*

Der Vorsitzende der **TIG Güstrow**, Walter Krüger, hatte ein gutes Händchen, als er mit aktiver Unterstützung von Prof. Bischoff im März zu einer Veranstaltung mit Alberto Berbes Sainz de la Torre, Sekretär für Presse und Solidarität der Botschaft der Republik Kuba in Deutschland, einlud. Informationen aus und über die sozialistische Karibikinsel aus erster Hand bestimmten die Auswahl der Themen.

Im Dezember 2014 verkündete Obama, die Beziehungen der USA zu Kuba verbessern zu wollen und formulierte: „Mit diesem wohl bedeutsamen Wandel der letzten 50 Jahre in unserer Politik werden wir eine veraltete Politik beenden, die unseren Interessen jahrzehntelang nicht dienlich war.“

Alberto Berbes bezeichnete dieses Eingeständnis Obamas „als einen Sieg für Kuba und eine verfehlte Politik der USA gegenüber Kuba, die Kuba standhaft widerstanden hat.“

Er analysierte exakt für alle Anwesenden klar verständlich folgende Themen und ging zunächst auf die politische und wirtschaftliche Situation ein.

Der historische Prozess der sozialistischen Entwicklung hat 1959 begonnen und lief bis zum Zusammenbruch des sozialistischen Lagers erfolgreich. Danach erfolgten harte und einschneidende Maßnahmen in der Wirtschaft.

Das Bruttoinlandsprodukt ging um 35 Prozent zurück, das Handelsdefizit stieg um 30 Prozent, die Leistungsfähigkeit der Industrie fiel auf 15 Prozent zurück.

Die große Hochseefischereiflotte zerfiel komplett. Die gesamte Ausrüstung und Ersatzteile kamen bisher aus den sozialistischen Ländern. Hinzu kamen verschärfte Maßnahmen der EU und der USA.

2006 begann ein Prozess, um das wirtschaftliche und gesellschaftliche Geschehen zu aktualisieren. Erklärtes Ziel war, die Grundlagen des sozialistischen Systems beizubehalten.

Das heißt, die Produktionsmittel werden nicht privatisiert. Das Gesetz über ausländische Investitionen wurde inzwischen novelliert.

Bei Gesundheit, Bildung und Streitkräften werden keine ausländischen Investitionen akzeptiert. Das Prinzip der Planwirtschaft wird beibehalten, bei Anerkennung der Rolle des Marktes. Es geht um weniger Gleichmacherei und mehr Gerechtigkeit.

Immer mehr jüngere Menschen übernehmen die Verantwortung der Revolutionsgeneration im Staat. Die Bevölkerung verfügt über einen hohen Bildungsstand.

Die Landwirtschaft leidet an Personalman- gel. Deshalb muss Kuba für zwei Milliarden Dollar Lebensmittel importieren. Das einzige Land, das Kuba seit 1959 treu zur Seite stand und steht, ist Mexiko. Dieses Land hat dem Druck der USA standgehalten und die diplomatischen Beziehungen nie abgebrochen.

Gegenwärtig ist Kuba von 189 Staaten dieser Erde diplomatisch anerkannt. Es gibt 250 verschiedene bilaterale Verträge mit vielen Staaten. Grundvoraussetzungen für die kubanische Außenpolitik sind Verteidigung des Friedens, nukleare Abrüstung und Solidarität.

Dazu drei Beispiele: Kubanische Ärzte sind in 34 Staaten tätig. Dreieinhalb Millionen Menschen sind wieder im Vollbesitz ihrer Sehkraft, neun Millionen Menschen sind alphabetisiert worden.

Der Gast betonte zum Abschluss: „Die Souveränität und Unabhängigkeit, die wir mit unserm Blut erkämpft haben, sind Prinzipien, die niemand brechen kann. Sie sind auch zukünftig keine Verhandlungsthemen!

Entscheidend für unsere Sicherheit und die Erhaltung des Friedens ist die lateinamerikanische Integration“!

Die Mitstreiter der TIG Güstrow und ihre Gäste, z.B. von „Cuba sí“, hatten sich auf die Diskussion gut vorbereitet. Das zeigte die hohe Sachlichkeit ihrer Fragen, aber auch ihre Sorgen um die weitere Entwicklung des kubanischen Volkes.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen zu den kommenden Verhandlungen mit den USA, Probleme mit Extremisten, Rückführung von Eigentum oder der Pachtvertrag mit Guantanamo.

Dazu der Diplomat: Nicht alle im Ausland lebenden Kubaner seien Extremisten oder Feinde Kubas. Das sei aber kein Verhandlungsthema mit den USA. Die USA erhielten bereits 1960 Angebote über die Kompensierung von Eigentum, diese Entschädigungen wurden aber nicht angenommen. Die USA wollen ihre Taktik, aber nicht ihre Strategie verändern.

Das politische System wird sich in Kuba nicht verändern. Der Prozess der Wiederherstellung von diplomatischen Beziehungen bedeutet nicht gleichzeitig Normalisierung. Diese werde noch lange dauern. Auf der Liste der kubanischen Verhandlungsthemen stehen zwei weitere wichtige Punkte: Rückgabe von Guantanamo und die Abschaffung der totalen Blockade.

Zu den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Entwicklung gehört die Weiterentwicklung des Tourismus. Deutschland liegt hierbei nach Kanada auf Platz zwei.

Es war eine niveaumolle, von Solidarität und Herzlichkeit geprägte ISOR-Veranstaltung, der eine Wiederholung in anderen TIG gewünscht werden kann.

Rolf Uhlig

\*

Auf Einladung der TIG Stralsund sprach am 19.03.2015 André Brie, Landtagsabgeordneter der Partei DIE LINKE, vor unseren Mitgliedern sowie Gästen aus dem Traditionsvorstand, dem

Rotfuchs und dem BRH. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die aktuelle Situation im nahen Osten und in der Ukraine. Die gegenwärtigen Aktivitäten der USA, der EU und der Nato gegen Russland ordnen sich erkennbar in die geostrategischen Ziele der USA ein. Wer die Kreise der USA im Streben nach Erhaltung der Weltherrschaft stört, wird bekämpft – medial, wirtschaftlich und militärisch. Unter dem Vorwand, Demokratie und Menschenrechte herzustellen, reicht das schon aus, nichtgenaue Staaten zu destabilisieren und Chaos zu hinterlassen. Das galt bisher vornehmlich gegen Staaten im nahen Osten, nun auch gegenüber Russland – die Ukraine ist Mittel zum Zweck. Lügen als Vorwand und Verletzungen des Völkerrechts sind Bestandteil dieser Politik. Deutschland scheint dabei ein williger Partner (oder Vasall) der USA zu sein. Die Behinderung der Arbeit deutsch-russischer Gemeinden durch die Bundesregierung – u.a. auch des Lenkungsausschusses, dem Brie angehört – ist Bestandteil dieser Politik. Eine Äußerung von André Brie dazu gab zu denken: Die Mehrheit der Deutschen will keinen Krieg – und trotzdem wählt eine Mehrheit der Deutschen genau die Parteien, die im Schlepptau der USA militärische Gewalt als Option betrachten. Die Anwesenden im Saal setzen dagegen weiter auf DIE LINKE als Antikriegspartei.

Im zweiten Teil der Versammlung informierte der Vorstand über die Ausführungen von Prof. Bischoff auf einer Beratung Anfang März mit den TIG-Vorständen aus MV.

Die Erwartungshaltung der betroffenen Strafrentner zum BVerfG-Urteil ist nach wie vor groß. Auch wenn noch keine Verhandlungstermine genannt werden, besteht doch Hoffnung auf ein Ergebnis in absehbarer Zeit. Das Vorhaben einer danach vorgesehenen Mitgliederbefragung wird unterstützt.

Dieter Stefanowski

\*

Mitglieder und Gäste des Territorialen Bündnisses Bernau und Umgebung, darunter die Mitglieder TIG Bernau, fanden sich anlässlich des bevorstehenden 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus in der Stadthalle Bernau zusammen. Kaum ein Stuhl war mehr frei.

Der Beantwortung der Frage „BRD – ein Friedensbote?“ widmete sich Dr. Arnold Schölzel. Die Anwesenden beschlossen per Akklamation ihre Position zur Erhaltung und Bewahrung des Friedens, einer menschenwürdigen Welt und eines auf der Höhe unserer Zeit agierenden humanen Deutschlands.

Der Ernst-Busch-Chor erinnerte mit seinem Repertoire, eingebettet die Stimme Ernst Buschs, an die Zeiten des Leidens, an die Opfer des sowjetischen Volkes, an den Aufbau einer neuen Gesellschaft, an dem die übergroße

Mehrheit der im Saal befindlichen Frauen und Männer teilgenommen hatten, an die Verantwortung der heutigen Generationen gegenüber Russland und an die Friedenspflicht aller.

Den Organisatoren dieser Veranstaltung, dem Referenten und den Sängern, Musikern und dem Dirigenten, die an unsere Gefühle rührten, nochmals unser Dank. Nicht vergessen ist Pflicht und mit Brechts Worten formuliert „Anmut sparet nicht noch Mühe.“

Klaus-Dieter Jäschke

\*

Im Rahmen der bewährten Zusammenarbeit zwischen der TIG Erfurt und der RotFuchs-Regionalgruppe Erfurt/Weimar fand eine gemeinsame Veranstaltung statt, an der sich etwa 80 Mitglieder unserer TIG beteiligten. Das Thema „Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrechen in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl“ war im Internet und in der „Thüringer Allgemeinen“ angekündigt, fand aber offenbar bei der Presse kein Interesse. Einleitend wies der RotFuchs-Vorsitzende Siegfried Krebs auf die Wichtigkeit hin, in Vorbereitung auf den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus den sich in den Massenmedien immer mehr ausbreitenden Geschichtsverfälschungen entgegen zu treten und stellte als Hauptredner den ehemaligen Oberstleutnant Dieter Skiba vor, der in der DDR seit 1958 mit der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen befasst war.

Dieser führte aus, dass der ehemalige Justizminister der BRD, Klaus Kinkel, 1991 vor einer Versammlung von Richtern forderte: Sie hätten die große Aufgabe, die DDR zu delegitimieren, die ihren Antifaschismus zur Legitimierung ihres Unrechtsstaates benutzte. In der Alt-Bundesrepublik war dagegen schon frühzeitig viel unternommen worden, um faschistische Verbrecher zu schützen, ihre Verbrechen zu bagatellisieren und belastete Nazis in Staatsämtern einzusetzen.

In Thüringen gab es 42 Verurteilungen wegen schwerster Menschlichkeits- und Kriegsverbrechen, darunter 22 in Erfurt, 16 in Gera und vier in Suhl.

Nach 1990 gab es vielfach Anträge Verurteilter oder ihrer Angehörigen auf Rehabilitation. Bezeichnend ist, dass die verhängten Freiheitsstrafen durch die neuen Gerichte als rechtmäßig bestätigt wurden, jedoch erfolgte Vermögenseinziehungen als unrechtmäßig beurteilt wurden und sich solche Personen ungeachtet ihrer Untaten zu „Opfern der DDR“ erklärten. In ihrer Konkretheit waren diese Ausführungen ein wichtiger Beitrag in der unsäglichen Mediendiskussion „Unrechtsstaat DDR“ und „Rechtsstaat BRD“.

Dietrich Reichardt

## Lesenswert

Erich Buchholz

**Der Dritte Akt der Totalliquidierung  
Rechtsbrüche und Unrechtsurteile am  
laufenden Band**  
(GNN Verlag Schkeuditz 2012)  
175 Seiten, broschiert Preis: 13,00 €

Mag sein, dass dieser oder jener den unscheinbar aufgemachten Titel unverdienter Weise übersehen hat, - es bleibt ein historisches Dokument mit nach wie vor hoch aktuellen Problemstellungen, auf das hinzuweisen auch nach fast drei Jahren seiner Ersterscheinung es angebracht ist.

Professor Buchholz führt den juristischen Nachweis, dass die BRD-Justiz massenhaft rechtswidrig Strafverfolgungen und Verurteilungen ehemaliger DDR-Bürger für Handlungen vornahm, die in der DDR legitim abgelaufen sind und nach den Regelungen des Einigungsvertrages keine Straftaten waren. Diese Rechtsbrüche wurden durch besondere juristische Konstruktionen verschleiert, um sie rechtsstaatlich erscheinen zu lassen. Buchholz erkennt in ihnen eine Neuauflage der

massenhaften rechtswidrigen Strafverfolgung von Kommunisten und ihrer Sympathisanten in der alten BRD unter der Regierung Adenauer.

Die Darlegungen sind besonders auch für Leser bemerkenswert und eindrucksvoll, die möglicherweise selbst Opfer derartiger Verfolgungen geworden sind oder derartiges in ihrem Umfeld erleben mussten. Die Arbeit knüpft an eine frühere Publikation des Autors an, die schon 2009 unter dem Titel „Totalliquidierung in Zwei Akten. Juristische Annexion der DDR“ im Kai Homilius Verlag erschienen war, aber nach Auskunft gleichfalls noch zum Preis von 7,50 € erworben werden kann. (ISBN 978-3-89706-406-5)

H.B.

\*

Nach der Winterpause eröffnet der Ruth-Werner-Verein am 1. Mai 2015, 14 Uhr wieder seine Ausstellung über das Leben und das Werk der Kundschafterin und Schriftstellerin Ruth Werner im Scheunenladen in Carwitz.

Die Ausstellung, in diesem Jahr mit neuen interessanten Exponaten erweitert, ist bis Ende September täglich außer montags von 14 Uhr bis 16 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, Spenden sind gern gesehen. Andere Termine bzw. Gruppenanmeldungen können mit der stellvertretenden Vorsitzenden Ingrid Becker, Tel.: 039831-20505 oder E-mail: [Becker\\_Feldberg@t-online.de](mailto:Becker_Feldberg@t-online.de) abgesprochen werden.

Der Scheunenladen befindet sich in 17258 Feldberger Seenlandschaft, OT Carwitz, Dorfstr. 33

**Folgende Höhepunkte gibt es in diesem Jahr:**

- 15. Mai anlässlich des Geburtstages von Ruth Werner – Gespräche zu ihren vielen Namen
- 11. Juni anlässlich ihres Todestages werden ihre Gedanken zum Leben vorgetragen
- 8. Aug. Lesungen aus ihrem Werk „In der Klinik“
- 22. Aug. Lesungen aus ihrem Werk „Muhme Mehle“
- 26. Sept. Ein Extratisch für Kundschafter

Weiteres Wissenswertes und aktuelle Informationen über den Verein sind auf der Internet-Seite [www.ruth-werner-carwitz.de](http://www.ruth-werner-carwitz.de) zu finden

Der Verein dankt allen Freunden, für die bisherige materielle und ideelle Unterstützung.

Gerd Lange



## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

**Redaktionsschluss:** 25.03.2015

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 22.04.2015

**Einstellung im Internet:** 30.04.2015

**Auslieferung:** 07.05.2015

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**Tel.:** (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

**Fax:** (030)- 29784320

**E-Mail:** [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

**Redaktion:** [isor-Redaktion@t-online.de](mailto:isor-Redaktion@t-online.de)

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC BELADEBEXXX

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15